

Nebrauer Anzeiger

Ausbau der Handelspolitik.

Im ersten Male ist im Jahre 1929 die deutsche Handelsbilanz aktiv gewesen — aktiv sogar, wenn man die Sachlieferungen auf Reparationskosten abrechnet, die bisher der deutschen Ausfuhr stets zugeflossen wurden, weil der Gewinn aus ihnen ja der deutschen Wirtschaft zufließt. Diese zum erstmaligen Aktivistat der deutschen Handelsbilanz ist das Ergebnis des Handelsvertragsystems, das in jahrelangen Bemühungen das Reich aufgebaut hat.

Deutschland erzielt Ausfuhrüberschüsse in erster Linie bei seinem Verkehr mit den europäischen Staaten, während der Handelsverkehr mit Uebersee zum größten Teil passiv ist und die Gewinne, die der europäischen Handelsverkehr einbringt, zum größten Teil wieder verfließt. Die logische Folge ist natürlich, daß man diesen Handelsverkehr mit den europäischen Staaten besonders pflegen muß, aber auch, daß man versuchen soll, durch Abschluß von Verträgen die deutsche Ausfuhr auch nach Uebersee zu erleichtern. Das war jedenfalls der Grundgedanke der deutschen Handelsvertragspolitik in vergangenen Jahren, und dieser Grundgedanke galt auch, als man die Verhandlungen mit den wenigen europäischen Staaten einleitete, mit denen Verträge noch nicht bestanden oder mit denen die Handelsbeziehungen zeitweilig durch eine Umstellung der Zollpolitik unterbrochen wurden. Mit Finnland und Polen ist man so weit gekommen, daß Handelsverträge unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert sind. Mit Dänemark steht der Abschluß des Handelsvertrages unmittelbar bevor, in den Verhandlungen mit Rumänien, der Tschechoslowakei und der Türkei haben sich Schwierigkeiten ergeben, die man wieder zu beseitigen hofft, solange der Grundgedanke der Handelsvertragspolitik bestehen bleibt.

Es ist deshalb für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft eine entlegende Frage, ob die Handelsvertragspolitik unverändert fortgesetzt werden wird oder ob Änderungen beabsichtigt sind. In diesem Zusammenhang gewinnt das Agrarprogramm, das im Reichstag am Sonntag angenommen worden ist, erhöhte Bedeutung. Die Schwierigkeiten, die in den Verhandlungen mit den südeuropäischen Staaten entstanden sind, erwachsen aus der Umstellung der deutschen Agrarpolitik. Es war schon bekannt geworden, daß der neue Reichsernährungsminister zum Beispiel die Kündigung des deutsch-italienischen Vertrages verlangt, aber eine Bindung von Zollfragen ist auch in den Verträgen mit Frankreich, mit Holland, mit Italien, mitandinavischen Staaten enthalten, und diese man die Wirkungen des neuen Agrarprogrammes abwiegen kann, wird man also sehr genau prüfen müssen, wie weit es eine Störung der deutschen Handelsbeziehungen bedeutet.

Man wird sich klar machen müssen, daß die Kündigung von Handelsverträgen mit dem Ziel, der deutschen Zollgesetzgebung Bewegungsfreiheit zu verschaffen, auch im Auslande Widerstände hervorzuufen wird. Das hat sich schon bei den Verhandlungen mit den nord-

ischen Staaten gezeigt, als die mit ihnen bestehenden Verträge zu Gunsten einer Umgestaltung der Agrarpolitik gekündigt wurden. Aber man ist damals über diese Schwierigkeiten noch eher hinweggekommen, weil man bereit war, auf anderen Gebieten Zugeständnisse zu machen, und weil sich die geplanten deutschen Zoll-erhöhungen in mäßigen Grenzen hielten. Wenn aber im Rahmen des Agrarprogramms eine wesentliche Erweiterung des Einfuhrzollsystems vorgesehen ist, wenn dadurch von deutscher Seite das System indirekter Exportprämien eingeführt wird, so werden die Widerstände bei den Vertragspartnern wachsen. Es muß deshalb sehr genau in Rechnung gestellt werden, ob die deutsche Handelsbilanz nicht Schädigungen durch die Kündigung von Verträgen mit solchen Ländern erleidet, aus denen jetzt Ueberflüsse herausgeholt werden. Es muß in Rechnung gestellt werden, ob der Schaden, der sich daraus für die deutsche Wirtschaft ergeben würde, nicht größer ist als der Nutzen, der mit einer teilweisen Erhöhung der Landwirtschaf erreicht werden kann. Der Gedanke, daß mit Jütten allein der Landwirtschafstrikt nicht abzuhelfen ist, wird dabei ebenfalls in Rechnung zu stellen sein.

Die Verhandlungen mit Rumänien, der Tschechoslowakei, der Türkei werden unter diesen Umständen eine Prüfung darstellen, ob an dem Grundgedanke der deutschen Handelsvertragspolitik, die bei der Entwicklung der deutschen Handelsbilanz ihre Zweckmäßigkeit ergeben hat, festgehalten werden soll. Es geht nicht, daß man die Erfolge dieses Vertragsystems aus Gründen einer Konjunkturpolitik in Frage stellt. Die deutsche Handelsbilanz ist, wie gesagt, in Verkehr mit allen Staaten, mit denen Handelsverträge im Augenblick nicht bestehen, schon bis jetzt aktiv gewesen. Wahrgelobende Wirtschaftskrisis und der Auffassung, daß sich eine erhebliche Erzeugung des deutschen Exports ergeben wird, sobald man auch hier den Handelsverkehr auf Verträgen aufbauen kann. Bezeichnend ist, daß der Handelsvertrag mit Polen von maßgebenden Wirtschaftskreisen, so von den Industrie- und Handelskammern, als ein handelspolitisches Ereignis von größter Tragweite bezeichnet worden ist und daß man von ihm die Erleichterung wesentlicher Absatzmöglichkeiten erwartet. Das gilt für einen Vertrag, der schon in den Jahren vor seinem Entstehen auf das lebhafteste umkämpft war, und der gleiche Gesichtspunkt wird auch für die Handelsbeziehungen mit den südeuropäischen Staaten geltend zu machen sein. Das heißt natürlich nicht, daß man in den schwebenden Verhandlungen der Gegenseite zu weitgehend nachgeben soll, aber es heißt, daß man von dem Grundgedanke der erfolgreichen Handelspolitik der letzten Jahre nicht abweichen darf, wenn man nicht Experimente vornehmen will, die vom Standpunkt der Wirtschaft aus gefährlich werden können.

Das Hausgehilfen-Gesetz.

Die Angestaltung im Reichsrat.

Der Reichsrat hat den Entwurf eines Gesetzes über die Beschäftigung im Haushalt umgestaltet, und der Entwurf

Meine Absicht, Sie noch rechtzeitig zu warnen, ist ja erreicht. So will ich denn wieder gehen.

Und sie wandte sich mit leichtem Kopfnicken. Er aber trat nun auf sie zu:

„Wollen Sie sich nicht einer Augenblick anstreifen, Beckstein von Grund? Der Weg hier draußen ist doch anstrengend.“

„Ich bin das Steigen gewöhnt“, und sie griff schon zur Klinker.

„So bleibt mir denn nur übrig, Ihnen noch einmal zu danken —“ sein Ton klang jetzt doch weicher — „herzlich zu danken. Wenn ich Ihre Beforgnis vielleicht doch etwas zu groß ist.“

Wie ein Schatten glitt es über ihre Stirn hin.

„So werden Sie also Ihren Weg nach wie vor droben über die Ringe nehmen?“

„Es ist mein gewohnter Weg, und der kürzeste. Soll ich ihn anglich mitgeben?“

„Nicht anglich, aber vorwärts.“

„Der Vorwärts erreicht nicht viel im Leben.“

„Nur — so tun Sie, was Sie wollen.“ Einmal unmutig drückte sie die Klinker nieder. „Ich habe Sie ebenfalls gewarnt.“

„Und das war nicht zwecklos. Wenn ich freilich auch meinen gewohnten Weg beibehalten werde, so werde ich doch nun auf meiner Hut sein.“

Da wandte sie noch einmal den Kopf zu ihm zurück. Und wie er so dastand, menschlich, entschlossen, hätte er es selber nicht, er hätte nicht anders sprechen dürfen. Unermutet reichte sie ihm da die Hand.

„Ja — seien Sie recht auf Ihrer Hut!“

Und dann verließ sie ihn.

Verließ ihr langsam aus Fenster und sah ihr nach, als sie über den Zehnenpfad hinschritt. Ein Gehetz, freudig, aufrecht und kraftvoll, wie ihre ganze Art: Bahner Adel. Aber der Gedanke hatte nichts, was sich trennen mußten sie und ihn selbst. Im Bewußtsein er hatte ein festes Gemüt, als ob ihn niemand etwas innerlich verbände mit Ede von Grund. Seit diesem Augenblicke eben. Wie eine Fremde wollte es ihn da

wird in der nächsten Zeit dem Reichstag zur weiteren Beschlußfassung gehen. Die Bezeichnung „Hausgehilfen-Gesetz“ ist im Entwurf freilich verschwunden, da das Anwendungsgebiet sich nicht auf die Hausgehilfen beschränkt, sondern auch die im Haushalt in gehobener Stellung tätigen Personen mit Angestelltenverhältnissen umfassen soll.

Einen aus Berufsstellen gekürzten Wunsch, Angestellte, die überwiegend mit Gesundheitspflege beschäftigt sind, also insbesondere Waisenpflegerinnen, Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen, ebenfalls aus dem Gesetz herauszunehmen, hat der Reichsrat in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung nicht erfüllt, da es sich hier um typische Fälle von persönlichen Dienstleistungen im Haushalt handelt, bei denen eine berufliche Ausbildung nicht unter allen Umständen vorausgesetzt wird. Immerhin ist wegen der engen Beziehungen dieser Tätigkeit mit der Krankenpflege die Möglichkeit geschaffen worden, daß der Reichsarbeitsminister und der Reichsminister des Innern mit Zustimmung des Reichsrats auch Angestellte, die überwiegend mit Gesundheitspflege beschäftigt sind, von der Anwendung des Gesetzes ausgenommen können.

Neu aufgenommen hat der Reichsrat zur Erleichterung der Freizügigkeit eine Bestimmung, daß der nach Vorchrift einer Landesbehörde ausgestellte Ausweis für Hausangehörige und Hausgehilfen für das ganze Reichsgebiet gilt.

Bei Zumeindehandlung gegen die den Ausweis vorschreibende Verordnung soll nicht, wie im ursprünglichen Entwurf vorgesehen, die gerichtliche Bestrafung möglich sein, vielmehr soll im Falle der Verletzung die Durchsetzung der Vorchrift im Wege des Verwaltungsmaßnahmes nach näherer Regelung durch die oberste Landesbehörde erfolgen.

In die Bestimmungen über die Freizügigkeit ist die allgemeine gemeinliche Vorchrift eingefügt worden, daß der Arbeitnehmer Anspruch hat auf angemessene Zeit zur Wahrnehmung seiner staatsbürgerlichen und religiösen Rechte und Pflichten, insbesondere zum Besuch des Gottesdienstes. Obwohl die Verfassung diese Rechte grundsätzlich gewährleistet, erschien es richtig, den wohl von allen beruflichen Organisationen geäußerten Wunsch nach ausdrücklicher Bestätigung der dem Arbeitnehmer hier zugehörigen Rechte zu erfüllen.

Gefahr für das Warndt-Gebiet.

Geplante Zerstörung durch französische Jeshen.

2 Saarbrücken, 15. April.

Das vor einiger Zeit aufgekaupte Gebiet, das die deutsch-französische Bergwerksgebietschaft „Sarre et Moselle“ die Abficht hatte, vor der Regierungskommission des Saargebietes einen Teil des deutschen Warndt-Gebietes zu kaufen, hat sich nun bejaigt.

Nicht genug damit, daß die französischen Randzonen in Colbriegen unter der deutsch-französischen Linie in der herkömmlichen Zettelschleife verloren und dort seit Jahren eine Ausplünderung allerhöchsten Stils betreiben, hat die Gesellschaft „Sarre et Moselle“ jetzt auch die Abficht, ein 20 Hektar großes Gelände im Warndtgebiet von der Regierungskommission zu erwerben, um dort Sand als Füllmaterial für ihre lothringischen Kohlenberge zu gewinnen. Die Verhandlungen mit der Regierungskommission sind bereits im Gange.

Da der Warndt eines der größten geschlossenen Waldgebiete Deutschlands bildet und einen Naturpark im wahren Sinne des Wortes darstellt, ist die Erregung der Bevölkerung über die geplante Zerstörung sehr groß, zumal bei

übernommen, daß er schließlich über ihn wieder ein stoff schüttelte und an seinen Schweißhose rührte.

Wieder waren einige Tage hingegangen, voll innerer Spannung für Gerhard Beckstein. Noch immer kein Anzeichen, daß denen der Kampf leid würde? Wohl trug er vor den Leuten stets ein sicheres Lächeln zur Schau, aber wenn er allein mit sich war, fürchte sich seine Stirn schwer. Lange durfte es nicht mehr dauern! Sein Berufsweg, mit dem er diesen Kampf befechtet, ging zu Ende.

Diese wenigen Tagen zählten mehr an seinen Nerven, als die zehn schweren Arbeitstage drüben. Es beehrte auf seiner eigenen Beherrschung, um dabei immer noch nach außen seine Energieverleiß zu zeigen. Alles hing ja davon ab. Ihn nur einer, wie es in Wahrheit stand, dann war das Spiel für ihn beendet.

So kam er auch heute abend von der Jeshen heim. Im Kopf noch die Bahnen, die, drohende Schweißperlen, durch sein aufgeregt arbeitendes Hirn hindurch — immer wieder. Aber als er jetzt ins Konversationskabinett trat, wo gerade heute härtere Besuch war, schritt er kraftig und elastisch wie immer über die Schwelle.

„Guten Abend, meine Herren!“
Sein scharfer Blick hatte sofort eine gewisse Bestimmtheit wahrgenommen. Und nun das lächelnde Gesicht, das er noch vor der Tür vernommen, verstaumt mit seinem Entsetzen. Da sah er blühenden Auges, mit seinem übermütigen Gesicht, aber die Tafelrunde hin.

„Wah! Eine wohlhabliche Gemerkchaft! Erbhalten nahezu vollständig bekommen! Recht wohl ein Testament gemacht, Herrschaften? Na, recht! Ich weiß mir für Euch.“

Und indem sieh er sich an seinem Platz nieder, an dem besondern kleinen Tisch, wo ihm schon nun überdort gebetet war.

(Fortsetzung folgt.)



97. Vorstellung. Nachdruck verboten.
Ihr ersehnter Bild, von der Jeshen gebannt, glaubte da drunter zwischen dem Blaugewir einen gerichmeterten menschlichen Körper zu sehen, um sie zu rächen!
Mit Gewalt riß sich Ede endlich von der Stelle los und eilte weiter. Aber ihren qualenden Vorstellungen entrannt sie darum doch nicht. Immer wieder sah sie das graunliche Bild, und da kam es über sie, ein unumkehrlicher Zwang: Hin zu ihm — sofort! Ede es viel leicht zu spät war.

So schlug sie denn den auch ihr wohlbelannten Weg zum Rechenhaus von Christiansgäßchen ein. Den Weg, den er stets zu gehen pflegte.

Vertraut nur erlaucht, als ihm im Bürozimmer der Besuch einer Dame gemeldet wurde. Doch vorher aber vor seine Ueberzeugung, wie nun Ede bei ihm eintrat.

„Es ist natürlich etwas ganz Besonderes, was mich herführt.“ Klärte sie sich auf, und dann ergab sie sich.

Vertraut hörte alles an, ohne ein Anzeichen von Bestürzung. Man lagte er in seinem gewohnten Tone: „Ich bin Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, für den von Grund, für Ihre Mitteilung, und daß Sie so gar den Weg hierher nicht gesucht haben!“

Sein Auge suchte jetzt das ihre; aber noch immer etwas vernebelt.

Da kam es ihr mit einem Male zum Bewußtsein, daß ihr persönliches Erscheinen hier mißachtet werden könnte. Es hätte ja wohl auch genügt, wenn sie einen Bote mit ein paar Zeilen hergeschickt hätte. Ihre entzündeten Vorstellungen, die sie hergetrieben, ohne langes Zögern, erfüllten ihr jetzt mit einem Male selber abstricheln. Sie wollte sich daher wenigstens hier nicht ohne Not länger aufhalten.

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Sauermann Weich, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Nebra.

Nr 46

Donnerstag, den 17. April 1930

43. Jahrgang

Die Mehrheit.

Angewandt der letzten Referenzen.

Man kann lange in der Geschichte der parlamentarischen Kämpfe blättern, ehe man Kapitel von so beispielloser Spannung, von so beispielloser Nervenprobe findet, wie diese Tage, die jetzt hinter uns liegen. Sicher ist auch, daß diese Tage Nervon gefolgt haben, daß sie aufreißend gewesen sind, und daß mancher der beteiligten Kämpfer, ob er nun ein Gesetzler oder ein Politiker, hier mehr empfindet, als bei vielstündiger Arbeit und bei einmaligen Reden können.

Das parlamentarische Wochenende vor diesem Schlußakt, der jetzt über die Bühne gegangen ist, hat bewegter zum mindesten im Anlauf auf sich selbst und spannender als dieses Finale. Allerdings: als endlich, nach vierstündiger an sich überflüssiger Debatte die Stimmen zur Abstimmung klangen, da war es, als ob ein Fieber das Parlament durchschlug. Mehr oder minder, das war die lange Frage, auf die nur die Arzenei, die die Stimmkarten der einzelnen Abgeordneten enthielten, Antwort geben konnten.

So war der Vermittlung, so waren die Mittagsstunden, so war auch die letzte Minute vor der Verkündung der entscheidenden Abstimmungen angefüllt mit feierlichem Reden. Jeder anwesende, jeder fortgehende Abgeordnete wurde geradezu buchnäßig registriert und jeder begann das Zahlenpiel von neuem. Drinnen im Plenarsaal schleppte mich eine letzte Debatte dahin, raubte Stunden und Minuten, ohne Sinn und Zweck.

Wer man brauchte diesen Zeitvertrieb.

Die Opposition brauchte ihn und die Gegner der Reichsfinanzauflösung nicht weniger. Denn es kam auf den letzten Mann an, auf die letzte Rede, die man selbst aus dem Ausland noch herbeigeholt hat.

Endlich ist man so weit. Endlich hat das Nebra ein Ende, endlich ist die Baugarbe der Entschiedenheiten in Bewegung. Es hat noch niemals die Möglichkeit einer Stimmengleichheit gegeben. Diesmal war sie vorhanden. An der Stimmengleichheit hat der feierliche Vertreter konnte schließlich alle schreien. So konzentrierte sich denn auch die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses auf diesen Augenblick.

Nun kam die letzte Klippe, die Berichter. Drinnen im Saale mochte ein morgesenes Meer von Stimmkarten. Die Nerven sind auf das äußerste gespannt.

Wie gebannt sind die Blicke auf den baperrischen Bauernbund gerichtet. Von diesen paar Stimmen hängt die Entscheidung über die Neuauflösung ab. Hinten im Saale, rechts der Mitte, sind ihre Ränge. Von allen Seiten strömt man herbei. Ein letztes Liebeswerben um Sie und um Ihren, langsam kommt der Diener mit der Abstimmungsurne näher. Jetzt ist er bei ihnen, und jetzt — fallen weiße Karten in die Urne. Die Regierung ist gerettet. Die baperrischen Bauern haben nicht mit Nein gestimmt. Keine sollen sich nicht und Niemand protestieren auf sie nieder. Einziges Bedenken der umliegenden Umgebung des Regierungslagers wehrt diese Attende. Die Regierung hat gestimmt. Das Haus geht in Ferien. Ruhe herrscht in Wallstadt, bis am 2. Mai bei den Beratungen über den Etat die Wogen der Erregung wieder hochgehen werden.

Der Etat im Reichsrat.

Die Bekämpfung der Gemeinden. — Sparmöglichkeiten.

— Berlin, 16. April.

Der Berichterstatter für den Reichsrat, der preussische Ministerialdirektor Dr. Bredt, hat seiner Ueberlicht über den Reichsausschuß eine Zusammenstellung der statischen Erhebungen beigegeben, die über die Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden in den Jahren 1928 und 1927 vorgenommen worden sind. Es ergibt sich daraus, daß die Ausgaben der Gemeinden weit über den Ausgaben der Länder liegen (5,9 Milliarden Mark Gemeinde-Ausgaben gegen 3,4 Milliarden Mark Länder-Ausgaben). Daraus wird der Schluß gezogen, daß die Entlastung des Reiches oder auch einzelner Länder von sozialpolitischen oder Verwaltungsausgaben freis Mehrerausgaben bei den Gemeinden hervorgerufen hat, so daß man mit Ausgabenentlastungen im Reich sehr vorsichtig sein muß, wenn nicht die an einer Stelle ersparten Kosten an einer anderen wieder in Erscheinung treten sollen. Diese Finanzstatistik gibt zum ersten Male einen Ueberblick über die Gesamtausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden.

Sie betragen im Jahre 1927 16,75 Milliarden Mark, wovon rund 7 Milliarden auf das Reich entfielen, der Rest auf Länder und Gemeinden im Verhältnis 3,3 : 5,8. Das bedeutet, daß der gesamte Finanzbedarf in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, rund 300 Mark betrug, von denen durch Verwaltungseinnahmen rund 32 Mark, durch Kredite 28 Mark gedeckt waren, während pro Kopf 240 Mark durch Steuern aufgebracht werden mußten.

Nach Bredts Darstellung für den Reichsrat besteht keine Aussicht darauf, daß sich diese Belastung absehbarer Zeit wesentlich vermindern läßt. Er hat in seiner Richtlinien für Sparmöglichkeiten erklärt, daß nur eine große Reichsreform wesentliche Veränderungen bringen könne, während sich durch Absätze am Etat höchstens 100 bis 200 Millionen Mark im Reich ersparen ließen. Eine Befristung seiner Berechnungen sieht er darin, daß in dem normalen Reichsausschuß nur eine Verminderung um 58,2 Millionen Mark für das Jahr 1930 eintreten ist. Die

Fatsache, daß überhaupt eine Verminderung stattfindet, scheint im Widerspruch damit zu stehen, daß die Netto-Ausgaben im Haushaltsplan 1930 11,2 Milliarden Mark betragen gegen 10,9 Milliarden Mark im vorangegangenen Jahr. Aber dieser Widerspruch erklärt sich daraus, daß im Jahr 1930 der Reichsetat besonders schwer belastet ist durch den Schuldentilgungsfonds von 450 Millionen und die Arbeitslosenversicherung, sowie durch die Beihilgen der Arbeitslosenversicherung. Aus diesen Mehrbelastungen des Haushalts 1930 ist die Hoffnung auf erhebliche Steuerentlastungen im Jahr 1931 eingetreten.

Da die Gesamtausgaben des Reiches um 354,8 Millionen Mark gestiegen sind, (einschließlich der erwähnten einmaligen Posten), kündigt der Reichsrat auf Grund der Beratungen seiner Ausschüsse eine scharfe Nachprüfung der Mehrerausgaben an. Es ist zu erwarten, daß im Reichsrat mehrere Länder mit Änderungsvorschlägen zu den vorgeschlagenen Mehrerausgaben auftreten werden. Nach den wiederholten Verzögerungen und der Bewilligung eines Notstands bis Ende Juni wird es gerade im Interesse eines planmäßigen Sparprogramms bringen erforderlich sein, daß der Reichsrat seine Arbeiten nach der Beschlußfassung durch den Reichsrat nunmehr auf das äußerste beschleunigt.

Um das Hilfsprogramm.

Die Denkschrift der Reichsregierung.

— Berlin, 16. April.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat nunmehr die Denkschrift über die Lösung der durch die neue Grenzziehung notwendig gewordenen Gebiete des Ostens vorgelegt. Diese Denkschrift enthält die Feststellungen und Vorschläge, die zu einem sehr notwendigen Teil bereits von der Regierung der Großen Koalition ausgearbeitet worden sind. Wie weit diese Vorschläge eine Ergänzung erfahren werden, ist zurzeit noch Gegenstand der Beratungen innerhalb der Reichsregierung. Obendrein werden die Vorschläge über die Bestimmung des nach einander gerät. Unabhängig ist aber in der vorliegenden Denkschrift das Hilfsprogramm in seinen wesentlichen Teil dargelegt.

Es wird in dieser Denkschrift u. a. ausgeführt, daß zwar jederzeit auch Grenzmittel für Sachsen und Bayern sowie für einen Teil des westlichen Niederschlesens zur Verfügung gestellt werden können, da es sich hier zwar nicht um blühende, aber um eingetretene Grenzen handelt. Gleichwohl ist unerkennbar, daß durch die zum Teil ganz sinnlose, weil wirtschaftliche Zusammenhänge vollständig zerschneidende Grenzziehung gegenüber Polen, unvorstelllich größere Notstände erwachsen sind, deren Behebung ausschließlich der Verantwortlichkeit der zur Verfügung stehenden Mittel in erster Linie ins Auge zu fassen war. So ist im neuen Hilfsprogramm zunächst davon abgesehen, die an die Tschechoslowakei angrenzenden Randgebiete mit zu berücksichtigen.

Um die voraussichtlich doch nur beschränkten Mittel des Reichs und Westens den eigentlichen Gebieten des Reichs wirksam zu machen, sind die in diesem Sinne zu berücksichtigenden Gebiete sorgfältig abzugrenzen. Hierbei soll zwecks stärkerer Konzentrierung der Mittel die Rückführung auf ihre Lage an der politischen Grenze ausschlaggebend sein. Es werden also nach diesem Programm zu betreten sein ganz Ostpreußen, die west. Kreis Gauenburg, Sittau, Stolp und Rummelsburg des Regierungsbezirks Köslin, die Kreise Jülich-Schwiebus und Friedeberg, Landsberg und Arnswalde der Provinz Brandenburg, die ganze Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, von Niederschlesien die Kreise Guben, Müllitz, Ransau, Gr. Bartenberg, Glogau, Freytag und Grünberg und ganz Oberschlesien.

In West-Niederschlesien soll eine besondere Wohnungsfürsorge des Reichsministeriums des Innern für das Waldenburger Revier eingeleitet. Im übrigen wird es Preußen überlassen werden müssen, aus seinen Mitteln die Not West-Niederschlesens zu lindern.

Deutsch-polnischer Handelsvertrag.

Zur dem Beitritt Danzigs.

— Danzig, 16. April.

Bald nach der Osterpause wird der Reichstag voraussichtlich auch die Entscheidung über den beschleunigten deutsch-polnischen Handelsvertrag zu fällen haben, dessen Paraphierung bereits vor längerer Zeit erfolgt ist, so daß der Vertrag nur noch als Ganges angesehen oder abgelehnt werden kann.

In diesem Zusammenhang ist eine dem handelspolitischen Ausblick des Reichstages vorliegende Statistik über den Exporthandel mit Polen vom Jahre 1928 bis September d. d. Damals lieferte Deutschland nach Polen Lebensmittel, Rohstoffe und Fertigwaren im Gesamtwert von rund 800 Millionen Mark, während die polnische Ausfuhr nach Deutschland von gleichen Warengruppen eine Höhe von etwa 300 Millionen Mark erreichte. Im einzelnen wurden aus Polen für 75 Millionen Mark Lebensmittel, für 282 Millionen Rohstoffe und für 10 Millionen Mark Fertigwaren eingeführt.

In ausländischen Zeitungen ist die Mitteilung erschienen, daß die freie Stadt Danzig dem deutsch-polnischen Handelsvertrag bereits beigetreten sei. Dies trifft nicht zu. Nach dem bestehenden Danzig-polnischen Vertrag ist die polnische Regierung beim Beschluß von Verträgen mit fremden Staaten verpflichtet, Danzig die Möglichkeit zu verschaffen, gleichfalls Vertragspartei zu werden.

Der Artikel 6 des Danzig-polnischen Vertrages vom 9. November 1920 bestimmt, daß zunächst eine Beratung zwischen den Regierungen von Danzig und Polen darüber stattfinden hat, wie weit die Bestimmungen des Vertrages den Danziger Wünschen entsprechen und wie weit ihre Anwendung auch auf Danzig in Frage komme. Erst wenn eine solche Beratung stattgefunden hat und eine Einigung erzielt worden ist, wird von Danzig eine Erklärung abgegeben, daß ein Beitritt zum Vertrag (gegebenenfalls unter bestimmten Bedingungen) genehmigt wird.

Bezüglich des deutsch-polnischen Handelsvertrages hat die vorgelegene Beratung noch nicht stattgefunden. Infolgedessen ist auch eine Beitrittserklärung Danzigs noch nicht erfolgt.

Verstärkung von Frankreichs Ostgrenze

Die neuen Garnisonen der Belagungsstuppen.

— Paris, 16. April.

Der „Matin“ veröffentlicht Angaben, seines Berichterstatters aus Nancy über die Verstärkung der bei der Rheinlandtrümmerung aus Deutschland zurückgezogenen Truppen auf die französischen Garnisonstädte.

Während noch im Oktober 1929 der Plan bestand, das Generalkommando der 4. Kavalleriedivision von Trier nach Angers zu verlegen, wird es aus taktischen Gründen für logischer angesehen, den Sitz der 4. Kavalleriedivision mehr an die Ardennenregion heranzuziehen.

Der Etat der 4. Kavalleriedivision wird also nicht nach Angers, sondern nach Reims verlegt. Das 6. Kavallerieregiment, das von Trier aus nach Moulins gehen sollte, soll jetzt nach Verdun kommen. Das 18. Dragonerregiment geht aus Landau ebenfalls nach Reims. Die 4. Automobildivision wird von Mainz aus gleichfalls im Osten untergebracht. Auch das 4. Dragonerbataillon geht nicht von Trier nach Angers, sondern nach Verdun; das 2. Artillerieregiment erhält nach dem Wegzug aus Trier ebenfalls nicht Angers, sondern Verdun als Garnison.

Krise im französischen Schiffsbau.

Der Stapellauf der „Atlantique“ verzögert.

— Paris, 16. April.

Der Stapellauf des für den Südamerika-Dienst bestimmten 4000-Tonnen-Dampfers „Atlantique“ mußte wegen heftigen Sturmes verzögert werden. Die für diese Gelegenheit angelegten Feiertagsferien haben trotzdem stattgefunden.

Der Minister für die Handelsmarine, Rollin, besuchte in seiner Rede, die er am dem Festessen hielt, vor allem mit der Seite der französischen Schiffsbau-Industrie. Die Ursachen für die Preisunterdrückung zwischen der französischen Schiffbauindustrie und der des Auslandes, die zur Vergebung zahlreicher Bauaufträge an das Ausland Anlaß gegeben hätte, seien von ihm mit besonderer Aufmerksamkeit geprüft worden. Der mit der Bearbeitung dieser Frage beauftragte Ausschuss habe folgende Punkte als Ursache unterbreitet:

1. Die geringeren Kosten der ausländischen Arbeiter. 2. Die geringeren Kosten der ausländischen Materialindustrie. 3. Die geringeren Kosten der ausländischen Zulieferer. 4. Die geringeren Kosten der ausländischen Zulieferer.

Der Ausschuss hat die Lösung dieser Punkte als Aufgabe unterbreitet. Die Lösung dieser Punkte ist die Aufgabe der französischen Schiffbauindustrie.

Der Ausschuss hat die Lösung dieser Punkte als Aufgabe unterbreitet. Die Lösung dieser Punkte ist die Aufgabe der französischen Schiffbauindustrie.

Der Ausschuss hat die Lösung dieser Punkte als Aufgabe unterbreitet. Die Lösung dieser Punkte ist die Aufgabe der französischen Schiffbauindustrie.

Der Ausschuss hat die Lösung dieser Punkte als Aufgabe unterbreitet. Die Lösung dieser Punkte ist die Aufgabe der französischen Schiffbauindustrie.

Der Ausschuss hat die Lösung dieser Punkte als Aufgabe unterbreitet. Die Lösung dieser Punkte ist die Aufgabe der französischen Schiffbauindustrie.

Der Ausschuss hat die Lösung dieser Punkte als Aufgabe unterbreitet. Die Lösung dieser Punkte ist die Aufgabe der französischen Schiffbauindustrie.

Der Ausschuss hat die Lösung dieser Punkte als Aufgabe unterbreitet. Die Lösung dieser Punkte ist die Aufgabe der französischen Schiffbauindustrie.

Der Ausschuss hat die Lösung dieser Punkte als Aufgabe unterbreitet. Die Lösung dieser Punkte ist die Aufgabe der französischen Schiffbauindustrie.

Der Ausschuss hat die Lösung dieser Punkte als Aufgabe unterbreitet. Die Lösung dieser Punkte ist die Aufgabe der französischen Schiffbauindustrie.

Der Ausschuss hat die Lösung dieser Punkte als Aufgabe unterbreitet. Die Lösung dieser Punkte ist die Aufgabe der französischen Schiffbauindustrie.